

Positionen zur Klima- und Energiepolitik

Die pfälzische Wirtschaft ist sich der Bedeutung und der Herausforderungen des Klimaschutzes bewusst. Hiesige Unternehmen investieren seit Jahren in klimaschonende Technologien und Maßnahmen zur Erreichung der Reduktionsziele.

Selbstverpflichtendes Carbon Management wird in vielen Unternehmen bereits nachhaltig gelebt und eigenmotiviert weiter intensiviert. Es besteht jedoch weiterhin hoher Handlungsbedarf, um Risiken für die rheinland-pfälzische Wirtschaft sowie die hiesigen Arbeitsplätze abzuwenden. Nur im engen Schulterschluss mit den Unternehmen kann effizienter Klimaschutz politisch und gesellschaftlich nachhaltig umgesetzt werden. Die regionale Wirtschaft sieht sich hierbei als wichtigen Partner der Politik im Kampf gegen den Klimawandel.

Deshalb wendet sich die Industrie- und Handelskammer für die Pfalz mit diesen Kernforderungen an die Politik:

Ökonomische, ökologische, soziale und zeitliche Wechselwirkungen von Klimaschutzforderungen und -maßnahmen stärker beachten



Die pfälzische Wirtschaft fordert eine transparente Marktfolgenabschätzung politisch geplanter bzw. verabschiedeter Klimaschutzmaßnahmen sowie eine stärker faktenbasierte Auseinandersetzung mit daraus ableitbaren ökonomischen, ökologischen, sozialen und zeitlichen Zielkonflikten.

Neben den erklärten Klimaschutzmaßnahmen (Plan A) ist unbedingt ein alternativer Maßnahmenkatalog (Plan B) aufzubauen und nachzuhalten. Auf diesen muss notfalls zurückgegriffen werden können, um die gemeinsam verfolgten Klimaziele im Sinne eines effizienten Gleichklangs ökonomischer, ökologischer, sozialer und zeitlicher Implikationen zu erreichen.

Unternehmensnotwendige Grundlast sicherstellen (Non-Blackout-Garantie)



Die pfälzische Wirtschaft fordert eine Non-Blackout-Garantie in Form einer vollumfänglichen Grundlastsicherstellung auch im Falle ungünstiger Szenarienkombinationen. Die Garantie soll sowohl für Stromerzeugung, Stromnetz als auch für die Versorgung mit Brennstoffen und alternativen Energieträgern gelten.

Neben einer generellen Non-Blackout-Garantie schließt dies auch weitere staatliche Vorkehrungen gegen Stromschwankungen im Millisekundenbereich mit ein. Diese führen bereits beim heutigen Versorgungsstandard nachweislich zu Millionenschäden in der betrieblichen Produktion.

Bei der geforderten Versorgungssicherheitsgarantie ist das aktuelle Niveau der deutschen Energieautarkie als Mindestmaß zu wahren beziehungsweise unter Berücksichtigung von Kosteneffizienzaspekten insbesondere im Bereich der kostenintensiven Reserveleistungsvorhaltung tendenziell zu erhöhen.

Technologieoffene Innovationen fördern und uneingeschränkt nutzbar machen



Zur Bewältigung der klimaschutzbezogenen Herausforderungen fordert die pfälzische Wirtschaft von der Politik eine spürbare FuE-Förderung, die sich neben monetären bzw. steuerlichen Anreizen auch durch eine bedingungslose Technologieoffenheit auszeichnet. Die Förderung ist dabei ausdrücklich nicht auf einzelne, exponierte Technologien zu fokussieren.

Dies schließt einerseits die Förderung der Entwicklung hocheffizienter und flexibler Speicherlösungen mit ein, und andererseits die Möglichkeit, lastgang- und bedarfsorientiert auf alternative Technologien umzustellen und diese strukturiert steuer- und anpassbar als Energie- und Prozesswärmequellen in die betrieblichen Produktionsprozesse zu integrieren.

Eine bedingungslose Technologieoffenheit sieht die pfälzische Wirtschaft hierfür als unabdingbar an.

Ausbau der Netzinfrastruktur sofort angehen

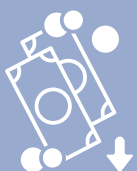


Die beschlossenen Sektorziele und der manifestierte Ausstieg aus der Kernenergie und aus der Kohleverstromung erfordern den sofortigen Start eines umfassenden Ausbaus der Netzinfrastruktur in Deutschland.

Die Entwicklung hinreichend dimensionierter Strom- und Energietrassen duldet keinen weiteren Aufschub. Nur so kann sichergestellt werden, dass 2038, wenn das letzte Kohlekraftwerk spätestens vom Netz gehen soll, an jedem Wirtschaftsstandort in Deutschland ausreichend Energie für betriebliche Prozesse zur Verfügung steht.

Bei der Auslegung des politischen Regulierungsrahmens ist aus Sicht der pfälzischen Wirtschaft auf ein gesundes Augenmaß zu achten. Die freien Marktmechanismen dürfen keinesfalls durch ein Übermaß an staatlicher Regulierung und/oder Markteingriffe negativ beeinflusst werden. Hauptanspruch des Bundes muss es sein, wirtschaftsgerecht die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Mehrbelastungen durch hohe Kosten der Energiewende offen kommunizieren, Strompreise senken



Die pfälzische Wirtschaft sieht die Politik in der akuten Pflicht, eine Strompreisentlastung für die nationalen Unternehmen herbeizuführen.

Es gilt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch unverzügliche Anpassungen in der Strompreispolitik (EEG, Energiesteuern, Ausweitung Besonderer Ausgleichsregelungen und Kompensationsmöglichkeiten etc.) zu stärken.

Eine Reduzierung der Energiepreise ist aus Sicht der Wirtschaft unverzichtbar. Genauso wichtig ist die offene, unverblühte Kommunikation der mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der neuen Klima- und Energiepolitik auf die Gesellschaft.

Positionen zur Klima- und Energiepolitik

Die pfälzische Wirtschaft ist sich der Bedeutung und der Herausforderungen des Klimaschutzes bewusst. Hiesige Unternehmen investieren seit Jahren in klimaschonende Technologien und Maßnahmen zur Erreichung der Reduktionsziele.

Selbstverpflichtendes Carbon Management wird in vielen Unternehmen bereits nachhaltig gelebt und eigenmotiviert weiter intensiviert. Es besteht jedoch weiterhin hoher Handlungsbedarf, um Risiken für die rheinland-pfälzische Wirtschaft sowie die hiesigen Arbeitsplätze abzuwenden. Nur im engen Schulterschluss mit den Unternehmen kann effizienter Klimaschutz politisch und gesellschaftlich nachhaltig umgesetzt werden. Die regionale Wirtschaft sieht sich hierbei als wichtigen Partner der Politik im Kampf gegen den Klimawandel.

Deshalb wendet sich die Industrie- und Handelskammer für die Pfalz mit diesen Kernforderungen an die Politik:

Ökonomische, ökologische, soziale und zeitliche Wechselwirkungen von Klimaschutzforderungen und -maßnahmen stärker beachten



Die pfälzische Wirtschaft fordert eine transparente Marktfolgenabschätzung politisch geplanter bzw. verabschiedeter Klimaschutzmaßnahmen sowie eine stärker faktenbasierte Auseinandersetzung mit daraus ableitbaren ökonomischen, ökologischen, sozialen und zeitlichen Zielkonflikten.

Neben den erklärten Klimaschutzmaßnahmen (Plan A) ist unbedingt ein alternativer Maßnahmenkatalog (Plan B) aufzubauen und nachzuhalten. Auf diesen muss notfalls zurückgegriffen werden können, um die gemeinsam verfolgten Klimaschutzziele im Sinne eines effizienten Gleichklangs ökonomischer, ökologischer, sozialer und zeitlicher Implikationen zu erreichen.

Unternehmensnotwendige Grundlast sicherstellen (Non-Blackout-Garantie)



Die pfälzische Wirtschaft fordert eine Non-Blackout-Garantie in Form einer vollumfänglichen Grundlastsicherstellung auch im Falle ungünstiger Szenarienkonstellationen. Die Garantie soll sowohl für Stromerzeugung, Stromnetz als auch für die Versorgung mit Brennstoffen und alternativen Energieträgern gelten.

Neben einer generellen Non-Blackout-Garantie schließt dies auch weitere staatliche Vorkehrungen gegen Stromschwankungen im Millisekundenbereich mit ein. Diese führen bereits beim heutigen Versorgungsstandard nachweislich zu Millionenschäden in der betrieblichen Produktion.

Bei der geforderten Versorgungssicherheitsgarantie ist das aktuelle Niveau der deutschen Energieautarkie als Mindestmaß zu wahren beziehungsweise unter Berücksichtigung von Kosteneffizienzaspekten insbesondere im Bereich der kostenintensiven Reserveleistungsvorhaltung tendenziell zu erhöhen.

Technologieoffene Innovationen fördern und uneingeschränkt nutzbar machen



Zur Bewältigung der klimaschutzbezogenen Herausforderungen fordert die pfälzische Wirtschaft von der Politik eine spürbare FuE-Förderung, die sich neben monetären bzw. steuerlichen Anreizen auch durch eine bedingungslose Technologieoffenheit auszeichnet. Die Förderung ist dabei ausdrücklich nicht auf einzelne, exponierte Technologien zu fokussieren.

Dies schließt einerseits die Förderung der Entwicklung hocheffizienter und flexibler Speicherlösungen mit ein, und andererseits die Möglichkeit, lastgang- und bedarfsorientiert auf alternative Technologien umzustellen und diese strukturiert steuer- und anpassbar als Energie- und Prozesswärmequellen in die betrieblichen Produktionsprozesse zu integrieren.

Eine bedingungslose Technologieoffenheit sieht die pfälzische Wirtschaft hierfür als unabdingbar an.

Ausbau der Netzinfrastruktur sofort angehen

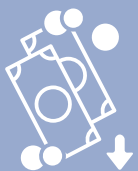


Die beschlossenen Sektorziele und der manifestierte Ausstieg aus der Kernenergie und aus der Kohleverstromung erfordern den sofortigen Start eines umfassenden Ausbaus der Netzinfrastruktur in Deutschland.

Die Entwicklung hinreichend dimensionierter Strom- und Energietrassen duldet keinen weiteren Aufschub. Nur so kann sichergestellt werden, dass 2038, wenn das letzte Kohlekraftwerk spätestens vom Netz gehen soll, an jedem Wirtschaftsstandort in Deutschland ausreichend Energie für betriebliche Prozesse zur Verfügung steht.

Bei der Auslegung des politischen Regulierungsrahmens ist aus Sicht der pfälzischen Wirtschaft auf ein gesundes Augenmaß zu achten. Die freien Marktmechanismen dürfen keinesfalls durch ein Übermaß an staatlicher Regulierung und/oder Markteingriffe negativ beeinflusst werden. Hauptanspruch des Bundes muss es sein, wirtschaftsgerecht die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Mehrbelastungen durch hohe Kosten der Energiewende offen kommunizieren, Strompreise senken



Die pfälzische Wirtschaft sieht die Politik in der akuten Pflicht, eine Strompreisentlastung für die nationalen Unternehmen herbeizuführen.

Es gilt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch unverzügliche Anpassungen in der Strompreispolitik (EEG, Energiesteuern, Ausweitung Besonderer Ausgleichsregelungen und Kompensationsmöglichkeiten etc.) zu stärken.

Eine Reduzierung der Energiepreise ist aus Sicht der Wirtschaft unverzichtbar. Genauso wichtig ist die offene, unverblühte Kommunikation der mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der neuen Klima- und Energiepolitik auf die Gesellschaft.